

POTSDAMS ANDERE SEITEN

LINKE Nachrichten aus Potsdam

AUSGABE MÄRZ 2024 | 20. JAHRGANG



Holen wir uns den Reichtum zurück!

Die Deutsche Börse meldet neue Rekorde. In diesem Jahr werden die DAX-Konzerne so hohe Dividenden ausschütten wie nie zuvor – 52,4 Milliarden Euro! Und die Konzerne sind in den Händen der Reichen. Kein Wunder, dass die reichsten zehn Prozent zwei Drittel des Vermögens besitzen, die untere Hälfte aber nahezu nichts. Allein die zwei reichsten Familien in Deutschland besitzen so viel wie die unteren 50 Prozent. Die Reichen werden reicher, während die Inflation die Gehälter der Beschäftigten auffrisst. **Mehr dazu auf SEITE 3.**



Wir erinnern, mahnen und gedenken

Auf unserer Kalenderblattseite erinnern wir mahndend an den „Tag von Potsdam“ vom Ende März 1933. Weiter weisen wir auf den 90. Jahrestag der ersten Sitzung des faschistischen Erbgerichts in der heutigen Gedenkstätte Lindenstraße hin. Und wir gedenken Genossen Albert Klink, dem von den Faschisten ermordeten Nowaweser Antifaschisten.

SEITE 4



Linke startet in den Kommunalwahlkampf

Geschlossen und mit dem klaren Willen Potsdam sozial und klimagerecht zu verändern, geht Die Linke in den Wahlkampf um die Stadtverordnetenversammlung. Auf einer Wahlwerkstatt wurde besonders deutlich: Es geht nun darum, um jede Stimme in Potsdam zu kämpfen. Die Werkstatt war ein Aufruf aktiv an einer besseren Zukunft zu arbeiten.

SEITE 5



„Junge Frau im Sozialismus“ im rotbloq

Aus Anlass des Internationalen Frauentages 2024 hatte die AG Seniorinnen und Senioren des Linken-Kreisverbandes Potsdam alle Genossinnen in den rotbloq, Zeppelinstr. 7 herzlich eingeladen. Und sie wurden quasi mit einem literarischen Highlight gelockt: Unsere Genossin Christa Kožik las aus Lyrik und Prosa „Junge Frau im Sozialismus“.

SEITE 7

RATHAUS REPORT

Alternatives
Amtsblatt der
Fraktion
Die Linke.Potsdam

Der „Rathausreport“ im Innenteil

Der „Rathausreport“ informiert über die Stadtverordnetenversammlung vom 6. März 2024. In dieser Ausgabe lesen Sie: ein Statement der Linksfraktion zur Aufkündigung der Kooperationsvereinbarung durch die GRÜNEN/Bündnis 90. Außerdem zu Verkaufsaaktionen der ProPotsdam; zum Schwimmen für Grundschüler und was sonst so beschlossen bzw. überwiesen wurde. **SEITEN I – IV**

Wir 28 Die Linke

Im Bundestag



Gemeinsam

www.dielinkebt.de TikTok, YouTube, Facebook, Instagram, Twitter: @dielinkebt

Unsere 28 Bundestagsabgeordneten wurden als Gruppe im

Bundestag anerkannt. Unsere Bundestagsgruppe wird den Wählerauftrag an uns konsequent

fortführen. Wir sind und bleiben

EU-Atombombe: Barley auf Strack-Zimmermann-Niveau

Die SPD-Europaspitzenkandidatin Katharina Barley zweifelt am Schutz Europas und bringt ein, dass man über eine EU-Atombombe nachdenken müsse. Dazu erklärt der Vorsitzende der Partei Die Linke und Europaspitzenkandidat, Dr. Martin Schirdewan:

»Was ist nur mit der SPD los? Barley scheint, beim Karneval ein Kölsch zu viel getrunken zu haben. Mehr Atombomben machen die Welt nicht sicherer. Im Gegen-

teil, mit allen Atombomben, die es derzeit gibt, kann man die Welt mehr als 150 Mal auslöschen. Barley scheint mittlerweile auf Strack-Zimmermann-Niveau angekommen zu sein. Ich erwarte von einer Sozialdemokratin mehr Willy Brandt und weniger Vorstandscheffin von Rheinmetall. Statt nun über mehr Atombomben nachzudenken, sollte Deutschland unter einer SPD-Regierung nun den endlich den Atomwaffenverbotsvertrag unterzeichnen.

Die richtige Antwort auf Trumps Unsinn ist nicht atomare Aufrüstung, sondern eine Politik der Deeskalation und zivilen Konfliktlösung, um eine friedliche Alternative zur sich zuspitzenden Blockkonfrontation zu bieten. Dies bedeutet eine politische Ausrichtung, die sich nicht der Logik des Militärischen unterwirft, sondern die Bedrohungen für Demokratie und Rechtsstaatlichkeit sowohl von innen als auch von außen ernst nimmt.

die soziale Opposition, die die Ampel so bitter nötig hat. Jetzt rocken wir wieder unerschrocken den Bundestag für mehr Soziales, für Klimagerechtigkeit, für die Würde aller Menschen und für Diplomatie statt Militarismus und Krieg! Alles zur neuen Gruppe der Linken im Deutschen Bundestag findet ihr auf deren neuer Website - dielinkebt.de. Unsere Gruppe im Bundestag hat auch ein neues Führungsduo gewählt. Wir gratulieren Heidi Reichinnek und Sören Pellmann.

Um einen regelmäßigen Blick von links auf die Politik zu haben, abonniert den Newsletter - dielinkebt.de/service/newsletter - unserer Bundestagsgruppe und folgt ihr auf ihren Social-Media-Kanälen: X | Facebook | Instagram | YouTube | TikTok



Ergreif Partei.
Werde Mitglied.

Die Linke

die-linke.de/mitmachen

Impressum

HERAUSGEBER

„medienPUNKTpotSDam“ - DAS JOURNALISTENBÜRO, BERND MARTIN, Zeppelinstr. 7, 14471 Pdm.

REDAKTION

Bernd Martin (v.i.S.d.P.), Chefredakteur; Isabelle Vandre, Steffen Lehnert, Konstantin Gräfe, Anna Nold, Tobias Woelki

AUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht - Redaktion

Die nächste PaS erscheint am 18. April 2024

LAYOUT

Sophie Sumburane

TELEFON der Redaktion

0176 / 327 93 65 9

E-MAIL

info@medienpunktpotSDam.de

BANKVERBINDUNG

Mittelbrandenburgische Sparkasse, Kt.-Nr.3508020699, BLZ 160 500 00

BILDAUTOR:INNEN

Wenn nicht im Innenteil veröffentlicht - Redaktion/Archiv

DRUCK

Nordkurier Druck GmbH & Co. KG

Ungleichland.

So würde Deutschland aussehen, wenn die gesamte Fläche nach Vermögen zugeschnitten wäre.

Welttag der sozialen Gerechtigkeit

Drittreichste
40 Prozent

Zweitreichste
9 Prozent

Reichstes 1%

Die gesamte ärmere Hälfte besitzt nur **1,4%** des Vermögens

Die Linke

Quelle: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung

Umsteuern für ein gutes Leben

Die zwei reichsten Familien in Deutschland haben mehr Vermögen als die ärmere Hälfte der Bevölkerung zusammen. Gleichzeitig fehlt vielen Familien das Geld für Urlaub, Freibad oder Eis.

Vermögen ist in Deutschland extrem ungleich verteilt: Wäre das Bundesgebiet nach Vermögen zugeschnitten, würde der gesamten ärmeren Hälfte der Bevölkerung ein Gebiet von der

Größe des Saarlands zustehen, während die reichsten 10 Prozent zwei Drittel Deutschlands unter sich aufteilen!

Auch Potsdam ist stark von Ungleichheit geprägt. Gibt es auf der einen Seite eine hohe Konzentration von Vermögensmillionären in der Landeshauptstadt, kennen viele Potsdamerinnen und Potsdamer das Gefühl, wenn am Ende des Geldes noch zu viel Monat übrig ist – sie also häufig nicht wissen, wie sie ihre Rechnungen bezahlen sollen.

Dabei ist Potsdam auch räumlich stark segregiert: Während in einigen Stadtteilen Armut nur eine geringe Rolle spielt, sind in anderen Kiezen sehr viele Menschen von Armut betroffen. Das zeigt sich beispielsweise mit Blick auf die Zahl derjenigen, die Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch II, also das sogenannte Bürgergeld, erhalten. Der Armutsbericht der Landeshauptstadt von 2022, dass im Schlaatz, der Waldstadt I und II und Potsdam Süd auf 1.000 Menschen 121 Leistungsbeziehende kommen, am Stern, in Drewitz und im Kirchsteigfeld sind es 110. Im Potsdamer Norden (Groß Glienicke, Krampnitz, Sacrow, Neu Fahrland, Fahrland, Satzkorn, Marquardt, Uetz-Paaren) und den nördlichen Ortsteilen (Bornim, Bornstedt, Nedlitz, Am Ruinen-

berg, Rote Kasernen, Eiche, Grube, Golm) sind es dagegen nur 27 bzw. 28 Leistungsbeziehende auf 1.000 Einwohner:innen.

Und nun?

Viele sagen: Es ist ungerecht, dass Reichtum ungleich verteilt ist. Aber das wird sich nicht ändern. Die Linke sagt: Doch. Das kann geändert werden und das muss geändert werden. Holen wir uns den Reichtum zurück! Mit einer Vermögenssteuer, die pro Jahr zwischen 90 und 130 Milliarden Euro bringt - für Investitionen in Schulen, Schienen und Schwimmbäder. Dazu werden die Vermögen oberhalb von einer Million Euro mit 1 Prozent besteuert: Der Steuersatz steigt sukzessive an: Bei Vermögen ab 50 Millionen wird ein Steuersatz von 5 Prozent fällig. Ab einer Milliarde zahlen die reichsten zwölf Prozent pro Jahr, denn wir finden: Milliardär*innen gehören abgeschafft! So hätten wir mehr Geld für den Ausbau von Bus und Bahn, für Schulen und Kitaplätze, für bessere Pflege und ein gerechtes und modernes Gesundheitssystem, für ein gutes Leben für alle. Geld ist genug da, es ist nur ungerecht verteilt!

Kooperationsbruch der Potsdamer Grünen: Durchschaubares Manöver?

Potsdam – Nach einer Abstimmungsniederlage in der Stadtverordnetenversammlung am 6. März hat die Grüne Fraktion die Zusammenarbeit in der Rathauskooperation noch während der Sitzung aufgekündigt. Sie begründeten diesen Schritt mit dem Verlust der Vertrauensbasis, weil ihr Antrag zur Finanzierung der Wärmewende durch die Kooperationspartner abgelehnt und nicht in die Ausschüsse überwiesen wurde.

Dabei kann von einem Vertrauensbruch keine Rede sein, erläutert Co-Fraktionsvorsitzender Stefan Wollenberg: „Die Linke und auch die SPD haben in den internen Beratungen der Kooperation von Beginn an deutlich ge-

macht, dass wir den vorliegenden Antrag ablehnen, nicht zuletzt deshalb, weil er den erst in der letzten Sitzung der SVV im Januar gefassten Beschluss „Potsdam fossilfrei 2035“ widerspricht. Damit war die Verwaltung beauftragt, gemeinsam mit EWP und SWP ein Finanzierungskonzept für die Wärmewende zu erarbeiten. Der vorliegende Antrag wollte diese Aufgabe nun in der Sache und auch in der Finanzierungsverantwortung falsch der Stadt und der SVV zuordnen. Die Stadt kann und muss hier natürlich einen Beitrag leisten. Aber die Hauptverantwortung liegt bei den kommunalen Unternehmen.“

„In der Vergangenheit haben auch die Grünen Anträge unserer

Fraktion, beispielsweise zum Erhalt des Staudenhofes, ohne Ausschuss-Überweisung abgelehnt. Das ist ein normales Verfahren. Nun ihrerseits einen Vertrauensbruch aus dieser inhaltlich begründeten Entscheidung zu konstruieren, entbehrt jeder sachlichen Grundlage.“, ergänzt Co-Fraktionsvorsitzende Sigrid Müller.

„Ich kann das Agieren der Grünen nur so verstehen, dass sie die Kooperation weniger als 100 Tage vor der Wahl platzen lassen wollten.“, betont Iris Burdinski, Kreisvorsitzende der Linken in Potsdam. „Der Antrag hätte in letzter Konsequenz bedeuten können, dass wir städtische Unternehmen privatisieren müssen

und die Ticketpreise bei VIP und Bädernbetrieben ins Astronomische steigen. Das weiß auch die Grüne Fraktion, schließlich haben wir erst vor wenigen Wochen einen umsetzbaren Beschluss zur Energie- und Wärmewende für Potsdam gefasst.“

War dieses Manöver also rein Wahltaktik, der verzweifelte Versuch für ein wenig Aufmerksamkeit kurz vor der Wahl? Die Vermutung liegt nahe, denn konkrete Auswirkungen hat das Verlassen der Kooperation nicht. Denn der Kooperationsvertrag, auf den sich die drei Parteien zu Beginn der Legislatur verständigt haben, ist bereits abgearbeitet.

Der "Tag von Potsdam" am 21. März 1933 gilt wegen seiner symbolischen Bedeutung als Schlüsselereignis für den Aufstieg des "Dritten Reichs". Die Faschisten nutzten dieses Ereignis als Propaganda, indem sie sich in die Tradition der preußisch-deutschen Geschichte stellten.

Aus den Reichstagswahlen vom 5. März 1933 ging die NSDAP mit 43,9% der Stimmen als stärkste Partei hervor. Da sie jedoch keine absolute Mehrheit erzielte, war sie auf eine Koalition mit der rechtsnationalen DNVP angewiesen. Um breitere Zustimmung im Volk zu erlangen, nutzte die NSDAP die feierliche Vorstellung der neuen Reichstagsabgeordneten in der Potsdamer Garnisonkirche. Die Veranstaltung war aufgrund des Reichstagsbrandes von Berlin nach Potsdam verlegt worden.

Der festliche Staatsakt in der Potsdamer Garnisonkirche löste in einigen Bevölkerungskreisen

patriotische Gefühle aus, weil die Nationalsozialisten eine Verbindung zur traditionellen preußischen Geschichte herstellten. Potsdam wurde mit schwarz-weiß-roten Flaggen des Kaiserreichs geschmückt, sodass Erinnerungen an die "rühmlichen alten Zeiten" wach wurden. Kommunisten nahmen an den Feierlichkeiten nicht teil, weil sie aufgrund der Notverordnungen seit dem Reichstagsbrand bereits verfolgt und verhaftet wurden. Ebenso hielten sich die Sozialdemokraten aus Protest fern. Symbolträchtige Bedeutung dieses Tages markierte Hitlers Verneinung vor Reichspräsident Hindenburg. Damit stellte er einerseits Kontinuität zur preußischen Geschichte her und weckte andererseits den Anschein, dass er die rechtlichen Staatsorgane des Reichspräsidenten und Reichstags weiterhin respektieren werde. Der "Tag von Potsdam" erbrachte den Nationalsozialisten die notwendige Zustimmung für ihre zukünftige Politik. Das von

„Staatsakt“ in der Garnisonkirche 1933



ihnen im Vorfeld geplante Ermächtigungsgesetz konnte auf diese Weise am 23. März 1933 im Reichstag mit einer Zweidrittelmehrheit durchgesetzt werden. Hinreichend dafür waren vor allem die Stimmen der Zentrumsparterie, die sich von den Festlichkeiten in Potsdam beeinflussen

ließen und somit dem Gesetzesentwurf zustimmten. Weil das Ermächtigungsgesetz schließlich die Selbstentmachtung des Reichstags herbeiführte, gilt der "Tag von Potsdam" als Schlüsselereignis für die "Machtergreifung" und Gleichschaltung der Nationalsozialisten.

März 1934 – erste Sitzung des Erbgesundheitsgerichts



Schicksal für Tausende Menschen mit Behinderung – zu Zeiten des Nationalsozialismus war die heutige Gedenkstätte in der Lindenstraße (FOTO) ein Ort des Unrechts und der Menschenverachtung. Am 10. März jährte sich die erste Sitzung des Erbgesundheitsgerichts zum 90. Mal. Von 1934 bis 1945 befand sich in dem Gebäude das Potsdamer Erbgesundheitsgericht, das über 3300 Menschen als „erbkrank“ erklärte und deren Zwangssterilisation anordnete. Dies geschah

im Zuge des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, mit dem die Nationalsozialisten die sogenannte „Rassenhygiene“ fördern wollten. Aus diesem Anlass erinnert die Gedenkstätte zusammen mit dem Potsdamer Behindertenbeauftragten Christoph Richter mit einem Gedenk- und Informationstag sowie Führungen und Referaten an die Opfer. Vier der Opferbiografien wurden von Schülern der Montessori-Oberschule Potsdam vorgestellt.

„Albert Klink... vergessen werden wir dich nie!“

Albert Klink wurde am 3. März 1911 in Tiefenwerder (in Spandau) geboren. Sein Vater war Weggeführter von Karl Liebknecht, während seine Mutter eine der ersten Mitglieder der KPD-Ortsgruppe von Nowawes war. Der gelernte Tapezierer und Dekorateur war seit seiner frühesten Jugend aktiv in der Kommunistischen Jugend und im Arbeitersport tätig. 1933 emigrierte das Mitglied der KPD im Auftrag seiner Partei nach Prag, da er von faschistischen Spitzeln enttarnt wurde. Dort setzte er seinen Kampf gegen den Faschismus fort. Nach der Besetzung der Tschechoslowakei wurde Albert Klink im März 1939 verhaftet und nach Potsdam überführt. Nach monatelangen brutalen Verhören wurde er im September 1939 in das Konzentrationslager Sachsenhausen überführt. Hier verstarb Klink am 15. Januar 1940 nach schweren Misshandlungen. So musste er im tiefsten Winter regungslos vor dem Lagertor stehen. Später wurde er auf dem Goethefriedhof, in Babelsberg, in einem Urnengrab beigesetzt. Auf seinem Grabstein

lesen wir: „Albert Klink 1911 – 1940. Du starbst so früh – vergessen werden wir dich nie.“

Nach ihm wurde die „Albert-Klink-Straße“ in der Potsdamer Innenstadt benannt, die – ab 1960 – durch die Neubebauung des Heiligeistviertels entstanden war. 1993 wurde diese Straße zur Burgstraße umbenannt, obwohl dieser Straßenteil nur annähernd dem historischen Verlauf entspricht.



RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke.Potsdam | Ausgabe März 2024

FOSSILFREI 2035: DIE LINKE STEHT DAZU



In der Januar-SVV haben die Stadtverordneten der Verwaltung und den kommunalen Unternehmen mit breiter Mehrheit einen klaren Auftrag erteilt: gemeinsam soll ein Finanzierungskonzept für die notwendigen Investitionen in den Umbau der Fernwärmeversorgung erarbeitet werden. Die EWP hat dafür ein wegweisendes technisches Konzept vorgelegt, mit dem die Fernwärme bis 2035 klimaneutral werden könnte. Ca. 1,5 Mrd. Euro sind dafür in den

kommenden Jahren erforderlich. Die Grünen sorgten nun mit einem Folgeantrag für Verwirrung und auch Verärgerung. Denn der suggerierte, die Stadt solle innerhalb von nur 8 Wochen ein Finanzierungskonzept erarbeiten lassen und dann der SVV zum Beschluss vorlegen. Suggestiert wurde, nur so könne das Unternehmen die notwendigen Fördermittel-Anträge für die geplanten Projekte stellen. Das ist schlicht falsch, denn der Aufsichtsrat, dessen Zuständigkeit

das auch ist, hat alle notwendigen Beschlüsse bereits gefasst. Das wissen auch die Grünen.

Viel entscheidender aber: die Klimawende kann nicht gelingen, wenn man sich nur auf einen ihrer notwendigen Aspekte beschränkt. Eine klimaneutrale Landeshauptstadt heißt eben nicht: Wärmewende ODER Energiewende ODER Verkehrswende ODER sozial verträgliches Wohnen. Es muss gelingen, all diese Themen unter einen

Hut zu bringen – in kommunaler Hand. Denn nur so sichern wir langfristig sozial verträgliche Preise und Unabhängigkeit von Konzerninteressen. Linken-Fraktionschef Wollenberg schlug deshalb einen „Transformations-Gipfel“ von kommunalen Unternehmen, Verwaltung und Politik vor. „Alle Bedarfe müssen auf den Tisch und ein abgestimmter Plan für die kommenden Jahre muss erarbeitet werden! Mit Schnellschüssen ist das ganz sicher nicht zu leisten.“, so Wollenberg in seiner Erklärung.

Die aktuellen Förderbedingungen des Bundes sind für die Kommunen und die Stadtwerke katastrophal. Denn alle notwendigen Investitionen müssen komplett vorfinanziert werden und werden erst nach Betriebsstart der Anlagen über lange Zeiträume refinanziert. Daran muss sich dringend etwas ändern! Sonst scheitert entweder die Klimawende – oder die Infrastruktur liegt am Ende wieder in den Händen finanzkräftiger Privatkonzerne, die ausschließlich ihren Profitinteressen folgen. Beides gilt es zu verhindern!

Mit auf den Weg...



Nun ist er also da, der Wahlkampf. In den kommenden 3 Monaten wird wieder einmal besonders

breit und intensiv darüber debattiert werden, wohin sich unsere Stadt in den kommenden Jahren entwickeln soll. Denkbar unwürdig war der Startschuss, den die Grünen mit ihrem Austritt aus der Rathauskooperation am 6. März gaben. Unnötig in der Sache: weil es überhaupt keinen Dissens zum Ziel der fossilfreien Energieversorgung bis 2035 gibt. Falsch in der Begründung: denn die Ablehnung von Anträgen der Kooperationspartner auch ohne vorherige Ausschussüberweisung hat es auch schon in der Vergangenheit gegeben. Betroffen waren z.B. die Anträge der Linken zum Erhalt des Staudenhofs. Ein

Thema, bei dem den Grünen der Klimaschutz in der Abwägung wohl nicht ganz so wichtig war. Dass den Kooperationspartnern der Austritt dann nur durch die anwesenden Journalisten, nicht aber durch die Grünen selbst übermittelt wurde – geschenkt. So kann man nicht umhin, davon auszugehen, dass hier wahltaktische Motive und Profilierungsdrang das Handeln bestimmten. Was bedauerlich ist in einer Situation, in der die Stadt vor großen Aufgaben auf nahezu allen Feldern kommunalen Handelns steht und die Auseinandersetzungen um die Grundausrichtung unserer Gesellschaft sich auch in Potsdam

zuspitzen. Die Linke wird sich davon nicht beirren lassen. Die Adresse für soziale Gerechtigkeit in Potsdam sind wir. Und soziale Gerechtigkeit heißt immer auch Klimagerechtigkeit, heißt Energie, Wasser, Wärme, Wohnen und Verkehr in öffentlicher Hand. Damit Potsdam für alle bezahlbar bleibt bzw. es wieder wird. Dieser Verantwortung stellen wir uns und dafür werden wir streiten. Bis zur Kommunalwahl. Und auch danach..

*Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender*



Angefangen hatte alles mit einer Frage: Kannst Du Dir vorstellen, für uns (damals noch PDS) für die Stadtverordnetenversammlung Potsdam zu kandidieren. Nach kurzer Überlegung und Gesprächen mit Genossen aus meiner Basisorganisation, sagte ich zu. Was folgte waren Wahlkampftermine, Briefkastenaktionen und vor allem Infostände. Gewählt wurde ich erstmals 1998, damit noch mit Hilfe der Stimmen von Rolf, unserem damaligen Kreisvorsitzenden. Ich kann mich noch ganz genau an die erste Fraktionssitzung erinnern. Es ging um die Ausschussverteilung. Beide Wünsche gingen nicht in Erfüllung (Jugendhilfe und Bildung). Dafür wurde ich Mitglied im Beschwerdeausschuss und im Ausschuss für Gesundheit und Soziales. Naja, Begeisterung sah anders aus. Dennoch, ich machte meine Arbeit und blieb bis fast zum Schluss die gesundheits- und sozialpolitische Sprecherin unserer Fraktion. Und das nach wenigen Monaten Einarbeitung mit Herz!

Viele neue Gesichter von damals sind heute nicht mehr in Potsdam oder für ihre Träger in Potsdam aktiv. Und dennoch, die Themen blieben fast die gesamten Jahre gleich oder verstärkten sich sogar: Vorrangig der Kampf gegen Armut und für freiwillige Leistungen, um Projekte durchführen zu können, begleiteten mein Stadtverordnetenmandat. Nun heißt es Abschied nehmen. Es fällt mir leichter, als ich vor über einem Jahr, als die Entscheidung fiel, gedacht habe. Ich werde nicht aus der Welt sein, neue ehrenamtliche Aufgaben warten auf mich.

Ich verabschiede mich bei allen Potsdamerinnen und Potsdamern und danke Ihnen, dass sie mir stets mit Rat und Tat und zur Seite standen.

Jana Schulze

Kein Verkauf von Wohnhäusern der ProPotsdam an Private



Mitte Januar 2024 berichteten „PNN“ und „MAZ“ von den Plänen der ProPotsdam unsanierte Gebäude in der Sellostraße (FOTO) verkaufen zu wollen. Als Begründung hierfür führte die Geschäftsleitung des kommunalen Unternehmens die gestiegenen Baukosten an, die sich negativ auf die Finanzierung des Baugeschehens, v.a. auf Neubauten ausgewirkt haben. Seitdem ist bekannt geworden, dass neben den angeführten Wohnhäusern,

auch immer wieder der Verkauf weiterer Gebäude der ProPotsdam geprüft und diskutiert werde. Teilweise wurde in der Vergangenheit bereits der Versuch unternommen, einzelne, mehrheitlich unsanierte Gebäude meistbietend zu veräußern. Als Linke haben wir die Berichterstattung zum Anlass genommen, um in die März Sitzung der Potsdamer Stadtverordnetenversammlung einen Antrag einzubringen, mit dem die Pläne der ProPotsdam grundsätzlich ab-

Aktuelle Notizen

Jobcenter Potsdam plant Bürger-Netzwerk

Am 1. April 2024 will das Jobcenter der Landeshauptstadt Potsdam ein Bürger-Netzwerk gründen. Hierfür werden bis zu zehn Bürgergeldempfängerinnen und -empfänger gesucht, die das Jobcenter LHP und seine Abläufe und Serviceangebote aus Kundensicht genauer unter die Lupe nehmen möchten. In enger Zusammenarbeit mit der Geschäftsführung sollen die angebotenen Leistungen und Informationen optimiert und kundentreu gestaltet werden.

Unter dem Motto „Es gibt stets Raum für Veränderungen“ können sich Bürgergeld-Bezieher ab 18 Jahren freiwillig im neuen Bürger-Netzwerk einbringen. „Wir wollen mit den Menschen direkt ins Gespräch kommen und wissen, welche Verbesserungsvorschläge es aus ihrer

Sicht gibt“, so Lars Andresen, Geschäftsführer des Jobcenters der Landeshauptstadt Potsdam. „Oft sind es kleine Hinweise, die uns helfen, unsere Abläufe zu verbessern. Wir können nicht versprechen, alles zu übernehmen. Doch wir freuen uns auf einen offenen Austausch, losgelöst vom normalen Beratungsgespräch.“

Hierzu erhalten alle Bedarfsgemeinschaften eine Einladung per Post. Jede interessierte Kundin und jeder interessierte Kunde ist herzlich eingeladen, sich bis zum 31. März über das Bewerbungsformular unter [www.jobcenter-potsdam.de] zu bewerben. An dieser Stelle finden Interessierte weitere Informationen. Bewerbungen können per E-Mail oder per Post eingereicht werden. Die entsprechenden Kontaktdaten finden sich im Bewerbungsformular.

Die ausgewählten Kundinnen und Kunden werden telefonisch informiert und zur ersten Sitzung im April 2024 eingeladen.

gelehnt werden sollen. Denn wir müssen jede einzelne Wohnung in der Hand gemeinwohlorientierter Akteure halten. Nur so kann ein mietpreisdämpfender Einfluss sichergestellt werden. Das Grundrecht auf Wohnen ist nur mit jenen Akteurinnen und Akteuren sicherbar, die sozial verträgliche Mieten dauerhaft sichern und sich den Mieterinnen und Mietern verpflichtet sehen. Aus diesem Grund fordert die Stadtverordnetenversammlung eine sofortige und endgültige Unterbindung aller Pläne zum Verkauf nach Höchstgebotsverfahren. Denn dieses bringt zwar kurzfristig Geld in die Kassen, führt aber zum Verlust dringend benötigten Wohnraums. Unser Vorschlag: Nur, wenn die ProPotsdam bei einzelnen Gebäuden absolut handlungsunfähig ist und auf Grund von Sanierungsstau der Verlust bewohnbaren Wohnraums droht, soll die ProPotsdam eine Veräußerung in die Wege leiten können. Veräußerung meint hier jedoch ausschließlich die Vergabe nach Grundsätzen des Erbbaurechts mit Festzins, sowie der Konzeptvergabe. Der Verkauf wird ausgeschlossen, die Flächen sollen in der Hand der kommunalen Wohnungsgesellschaft bleiben.

Anja Günther und Isabelle Vandre

Überwiesen

Fiat Lux! – Es werde Licht, ob Am Stern oder in der Teltower Vorstadt

Der Jugendclub „Club 18“ Am Stern ist einer der beliebtesten Treff- und Anlaufpunkte für Jugendliche und junge Erwachsene im Stadtteil. Häufig beklagen Jugendliche und Passant:innen, dass es rund um den Club deutlich zu dunkel sei, um sich wirklich sicher zu fühlen. Deshalb haben wir den Oberbürgermeister beauftragt, die Gegend um den Treffpunkt mit einem smarten Beleuchtungssystem auszustatten. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit überwiesen.

Ähnliche Sorgen trugen Anwohner:innen der Straße am Wald in der Teltower Vorstadt an uns heran. Der ehemalige Waldweg wird durch intensiv genutzte Rad-, Auto- und Fußgängerverkehr entsteht vor allem durch die

Internationale Schule, sodass auf der in weiten Abschnitten unbeleuchteten Straße Gefahren für Fußgänger:innen und Radfahrende entstehen. Das ist vor allem in den Wintermonaten gefährlich. Laternen befinden sich derzeit ausschließlich an den einmündenden Nebenstraßen. Zudem werden nach Schätzung des Siedlung Eigenheim Potsdam e.V. durch die fehlende Beleuchtung auch Einbrüche in der Siedlung begünstigt. Die Fraktion Die Linke hat den Oberbürgermeister aufgefordert zu prüfen, wie und unter welchen Voraussetzung die Straße Am Wald besser ausgeleuchtet werden kann. Der Antrag wurde ebenfalls in den Ausschuss für Ordnung und Sicherheit überwiesen.

Erinnerung Kino Charlott und Viktoria-Garten

Der vielgenutzte Rad- und Fußweg zwischen dem Scharfgraben und der Zeppelinstraße, parallel zur Bahnstrecke, führt am ehemaligen Viktoria-Garten, dem bedeutendsten Treffpunkt der Potsdamer Arbeiterbewegung seit 1890er Jahren vorbei. Einen offiziell eingetragenen Namen hat der Weg bisher nicht. Um den Ort noch stärker im Stadtviertel und in der Stadtgesellschaft zu verankern, soll der Weg neben dem historisch bedeutsamen Gebäude an den ehemaligen Viktoria-Garten erinnern. Viele Menschen kennen den Ort als Kino Charlott. Auch an diese geschichtsträchtige Zeit

des stadtteilprägenden Gebäudes soll erinnert werden. Aus diesem Grund hat die Fraktion Die Linke beantragt, dass der Weg zukünftig „Am Viktoria-Garten/Kino Charlott“ genannt wird. Der Antrag wurde in den Kultur- sowie in den Hauptausschuss überwiesen.

AG-Radverkehr stärken!

Im kommenden Jahr soll ein neues Radverkehrskonzept durch die Stadtverwaltung vorgestellt werden. Für dieses Konzept spielt auch die AG Radverkehr eine Rolle. Sie soll das Verwaltungshandeln unter Einbeziehung von Externen beteiligen abstimmen, Belange des Radverkehrs in der

Stadt diskutieren und verbindliche, thematische Vereinbarungen treffen. Leider hat sich die Art und der Umfang der kontinuierlichen Beteiligung öffentlicher Radverkehrsvertreter bei Radverkehrsvorhaben im Laufe der Zeit stark reduziert. Deshalb erachten wir eine Stärkung der AG Radverkehr für essentiell für klimagerechte Fortbewegung in der Stadt. Der Oberbürgermeister wurde beauftragt, dafür zu sorgen, dass sich die Arbeitsgruppe eine Geschäftsordnung gibt und stärker bei Entscheidungen mit einbezogen wird. Der Antrag wurde in den Ausschuss für Klima, Umwelt und Mobilität überwiesen.

Potsdamer Grundschüler*innen weiterhin das Jugendschwimmabzeichen in Bronze, Silber und Gold ermöglichen



Seit diesem Schuljahr hat das Land Brandenburg die reguläre Abnahme der weithin anerkannten Deutschen Schwimmzeichen zugunsten eigener Standards im Rahmenlehrplan eingestellt. Dies ist äußerst bedauerlich, denn die Schwimmabzeichen sind bundesweit bekannt und als sicherer Schwimmnachweis akzeptiert, z. B. bei Reisen, Freizeitaktivitäten oder Ferienlagerfahrten. Zudem sind das Bronze-, Silber- und Goldabzeichen seit jeher eine tolle Motivation für die Schüler*innen, auch über den schulischen Schwimmunterricht hinaus.

Das hat auch die Landeshauptstadt erkannt und eine freiwillige Vereinbarung für Potsdamer Schüler*innen der Sekundarstufe I (Klassen 7-10) abgeschlossen, die weiterhin eine Abnahme der

Schwimmabzeichen in den Potsdamer Bädern im Rahmen des Schulschwimmens ermöglicht. Mit unserem nun erfolgten Sofortbeschluss wird eine solche freiwillige Vereinbarung auch für Potsdamer Grundschüler*innen angestrebt.

Wir hoffen auf eine Umsetzung noch im laufenden Schuljahr, damit möglichst viele Kinder das Schwimmabzeichen bekommen und damit das sichere Schwimmen offiziell nachweisen können. Eltern werden damit entlastet, sich selbst um die Abnahme kümmern zu müssen und unsere Schüler*innen einmal mehr motiviert, zu sicheren Schwimmer*innen zu werden.

Denn: Gute Schwimmfähigkeiten retten Leben, gerade in unserem wasserreichen schönen Brandenburg.

Die ZAHL des Monats: 70

Sieben von zehn Deutschen haben Angst vor Altersarmut

Laut Statistischem Bundesamt waren 2023 rund 14,7 Millionen Menschen von Altersarmut bedroht. Gegenwärtig befürchten rund 70 Prozent der Deutschen im erwerbsfähigen Alter, später keine ausreichende Rente zu erhalten. Am meisten ist die Furcht unter den 30- bis 39-Jährigen (82 %) verbreitet. Bei den 50- bis 64-Jährigen sorgen sich derweil nur zwei Drittel (66 %).

Die Linke

Fraktion
in der Potsdamer
SVV

Durchbruch für Potsdam West: Licht für viel genutzten Fußweg



Bezahlkarte für AsylbewerberInnen - „Lösung“ eines erfundenen „Problems“

Die Ampel hat sich mit den Ländern geeinigt: Ab sofort besteht die Möglichkeit, einen erheblichen Teil der den Asylsuchenden zustehenden Sozialleistungen nicht mehr in bar, sondern als Kartenguthaben zu zahlen. Diesem, aus unserer Sicht diskriminierenden Verfahren, hat sich auch Ministerpräsident Woidke (SPD!) für das Land Brandenburg widerspruchsfrei angeschlossen.

Diese Einigung erinnert fatal an die Diskussionen in den 90er Jahren, als es einen ideologisch geprägten Kampf um Sach- oder Geldleistungen für diese auf staatliche Hilfe angewiesenen Menschen gab. Auch da wurde massenhafter Missbrauch der Sozialhilfe unterstellt, soziale Bedürftigkeit kriminalisiert. Damals wie heute gibt es dafür keine belastbaren Zahlen und Fakten.

Es ist dem System Kapitalismus eigen, dass sogenannte Sparzwänge immer zuerst gegen die Ärmsten und Benachteiligten der Gesellschaft eingesetzt werden.

Es ist diesem System auch eigen, dass Rüstungsausgaben zu Lasten der Sozialausgaben finanziert werden. Dieses Mal müssen die „Schuldenbremse“ und die Aufstockung des Rüstungsetats als

Gründe für die Einschränkung der sozialen Teilhabe von Asylsuchenden herhalten.

Anstatt sozialen Frieden und soziale Stabilität als erste anzustrebende Werte in der Gesellschaft zu priorisieren, wird von den Regierungen von Bund und Ländern Aufrüstung als „Investition in die Zukunft“ und als oberster anzustrebender Wert suggeriert. Panzer, Raketen, Gewehre, SoldatInnen als „Zukunftsinvestition“?

Zu fürchten steht, dass die Einführung der „Bezahlkarte“ nur der Anfang von weiterer sozialer Diskriminierung sein könnte. Schon werden Stimmen vor allem von CDU und anderen rechts-konservativen Kreisen laut, die auch das Bürgergeld diesem Verfahren aussetzen wollen. Folgen dann Sozialhilfe und BAföG als staatliche Leistungen an Bedürftige?

Wir lehnen die Einführung der „Bezahlkarte“ ab und wissen uns darin einig mit den vielen Sozial- und Migrantischen Vereinen. Es ist gefährlich, angesichts der bestehenden innen- und außenpolitischen Konflikte, soziale Ausgrenzung zu forcieren, rechte Meinungsmache gegen Asylsuchende politisch zu manifestieren. Es ist auch unvereinbar mit der in Potsdam geleb-

Nach unzähligen Anfragen, Mails und Gesprächen von mir und anderen Stadtverordneten, ist es nun demnächst soweit: der Weg, der den Bahnhof Charlottenhof und den Schafgraben miteinander verbindet, bekommt endlich Licht! Das teilte die Verwaltung Grit Schkölziger (SPD) und mir am 7. Februar bei einem vor Ort Termin mit. Die Laternen sind wohl bereits in der Stadt. Und da der Weg momentan ständig durch Pfützen durchgezogen ist, wurde zudem der Wunsch nach Möglichkeiten des Wasserabflusses aufgenommen. Der Schafgraben (FOTO) selbst bekommt dann ab Herbst neue Laternen, ein neues Gelände und auch die nervigen Bordsteinkanten an den Ein- und Ausfahrten des Schafgraben sollen abgesenkt bzw. überbrückt werden.

ten Weltoffenheit und Toleranz. Diskriminierung, Kriminalisierung und vorsätzlicher Ausschluss auf soziale Hilfen angewiesener Bevölkerungsgruppen stehen dem diametral entgegen und stellen die politische Glaubwürdigkeit von Politik erneut in Frage. Das ist mit uns im Sinne des sozialen Friedens nicht zu machen.

Wir ermutigen den Oberbürgermeister, seine vor den Stadtverordneten geäußerten Kritik an diesem Konzept auch offensiv in der im Land anstehenden Debatte zu vertreten.

Wir setzen uns weiter dafür ein, alle Ressourcen darauf zu konzentrieren, Geflüchtete bestmöglich in ihrem Bemühen um Integration zu unterstützen: beim Lernen der deutschen Sprache, bei der Vermittlung in Arbeit, bei der Wohnungssuche. Davon profitieren alle!

Sigrid Müller

IMPRESSUM RATHAUSREPORT

Alternatives Amtsblatt der Fraktion Die Linke Potsdam
Bei Fragen wenden Sie sich bitte unter der angegebenen Adresse oder per E-Mail an uns:

Die Linke.Fraktion; Friedrich-Ebert-Straße 79/81; 14469 Potsdam

E-Mail: DieLinke@Rathaus.Potsdam.de

Telefon: 0331/289 30 48

Fax: 331/289 31 19

Druck: Nordostdruck

V.i.S.d.P. Stefan Wollenberg

**Termin für telefonische
Bürgersprechstunde
Februar**

**Dr. Sigrid Müller
Fraktionsvorsitzende**

**Donnerstag, 21.03.2024,
16:00 – 17:30 Uhr
Telefon: 0173 6171150**

**Stefan Wollenberg
Fraktionsvorsitzender**

**Mittwoch, 03.04.2024,
15:00 – 18:00 Uhr
Tel.: 0172 / 514 38 25**

**Ida Karlotta Wiesig-
strauch, Fraktionsge-
schäftsführerin,**

**Mo - Fr: 09 -14 Uhr
Stadthaus, R. 3.107
Friedrich-Ebert-Str. 79/81
in 14469 Potsdam
Tel.: 0331 289 3048**

Fraktionssitzung

**Montags jeweils 18:00
Uhr im Lothar Bisky Haus
(Alleestr. 3);
25.03. und 01.04. entfallen**

Nächste SVV:

**Mittwoch, 10.04.
15:00 Uhr, IHK Potsdam**

E-Mail

**dielinke@rathaus.pots-
dam.de**

Wenn Die Linke klingelt...



...geht es um die Sorgen und Wünsche unserer Gegenüber. Auf keinen Weise lernt man die Stadt besser kennen als im direkten Gespräch mit ihren Bewohner:innen. Aus diesem Grund werden unsere Kandidatinnen und Kandidaten zur Kommunal- und Landtagswahl „Klinken putzen“ und im Rahmen unserer Haustürgespräche den Potsdamerinnen und Potsdamer Rede und Antwort stehen. Im kurzen Gespräch an der Tür

geht es dabei insbesondere um das, was uns die Menschen in den Wahlkampf und die kommenden Legislaturen mitgeben wollen. Und ganz nebenbei kann auch noch ein kleiner Beitrag für eine reale Verbesserung geleistet werden: Mit einer Unterschrift für die landesweite Volksinitiative „Schule satt!“ wollen wir ein kostenloses Mittagessen an allen Brandenburger Schulen durchsetzen.

Weil jede Stimme zählt: Linke startet in den Kommunalwahlkampf



UNSERE BEIDEN KREISVORSITZENDEN GEBEN GERN AUSKÜNFTE

Geschlossen und mit dem klaren Willen Potsdam sozial und klimagerecht zu verändern, geht Die Linke in den Wahlkampf um die Stadtverordnetenversammlung. Auf einer Wahlwerkstatt machte Iris Burdinski, Kreisvorsitzende der Linken, deutlich: „Wer tatsächlich etwas gegen steigende Mieten und den Ausverkauf unserer Stadt tun will, wer Armut und Ausgrenzung nicht nur rhetorisch den Kampf ansagen will, und gleichzeitig wirksame Maßnahmen zum Schutz des Klimas fordert, der hat in Potsdam nur eine seriöse Wahl: Die Linke.“ Es gehe nun darum, um jede

Stimme in Potsdam zu kämpfen.

Die Atmosphäre war geprägt von Optimismus und Entschlossenheit. Es war spürbar, dass Veränderung möglich ist, wenn wir gemeinsam daran arbeiten. Die Werkstatt war ein Aufruf, sich nicht mit dem Status quo zufrieden zu geben, sondern aktiv an einer besseren Zukunft zu arbeiten. Dazu lädt Die Linke alle ein. Wer mitmachen möchte, kann dads ganz einfach tun. Der Mitgliedsantrag findet sich unter:

<https://www.die-linke.de/mitmachen/mitglied-werden/>

BIPOCs und das Problem der Sichtbarkeit beim Kampf gegen rechte Strukturen

Wir als BIPOCs (eine Selbstbezeichnung und bedeutet: Black, Indigenous and People of color = nicht weiße Menschen) stehen oft vor einem Dilemma: Der Wunsch gegen rechte Strukturen vorzugehen einerseits und die Angst vor möglichen Konsequenzen, aus der dadurch resultierenden Sichtbarkeit. Diese Angst resultiert aus der Realität, aus unserer Lebensrealität.

Von klein auf wird uns erzählt, leise zu sein und das kann ich unseren Eltern nicht mal verübeln. Die Angst davor, dass rechte Gruppen auf uns rassistisch und gewalttätig reagieren könnten, ist zu groß. Denn öffentliche Sichtbarkeit stellt für Betroffene, die eh schon im Feindbild solcher Gruppen stehen, eine besonders große Gefahr dar. Das bedeutet, dass viele von uns aus verständlichen Gründen, die uns die Vergangenheit leider immer wieder zeigt, schweigen, obwohl wir eigentlich so viel zu sagen hätten. Dieses Dilemma wirft wichtige Fragen bezüglich Sicherheit, Selbstschutz und dem Streben nach sozialer Gerechtigkeit auf: Wie weit geht man, um seine eigenen Rechte und die vieler anderer zu verteidigen, selbst wenn man dadurch die eigene Sicherheit gefährdet?

Es müssen alternative Wege gefunden werden, Betroffenen eine Stimme zu geben und das in einem sicherem Umfeld. Dies kann vor allem durch präventive Maßnahmen erfolgen, wie durch die Förderung von Bildung in diesen Themen und das Bewusstmachen des Einzelnen für rechte Strukturen, Diskriminierung und deren negative Auswirkungen auf unsere Gesellschaft.

Vorurteile müssen bereits im Kindesalter abgebaut werden, um sicherzustellen, dass keine neue Generation entsteht, die diese rechten Strukturen weiterverfolgen und noch weiter vertiefen. Doch das erfordert eine breite gesellschaftliche Unterstützung und diese ist bis jetzt leider noch nicht vorhanden. Natürlich wird dieser Text zu solch einem wichtigem und lang verwurzelttem Thema in unserer Gesellschaft nicht viel verändern. Doch immerhin wird durch das Ansprechen des Problems, dieses damit ein wenig sichtbarer und diejenigen die doch lieber unsichtbar bleiben, sind jetzt wenigstens in unseren Gedanken präsent und hoffentlich fühlen sie sich dadurch ein wenig gehört.

L. (Name der Autorin ist der Redaktion bekannt)



Linke bietet Unterstützung für Mieter:innen



Egal ob Berlin, München, Neusseddin oder Brandenburg an der Havel: Seit Wochen sorgen die Nebenkostenabrechnungen des größten deutschen Immobilienkonzerns Vonovia für Existenzangst und Verunsicherung bei dessen Mieterinnen und Mieter. Denn mit der Abrechnung von 2022 erreichten die Mieter:innen Nachzahlungsaufforderungen von zum Teil mehreren Tausend Euro und eine Vervielfachung der Abschlagszahlungen. Um in einer solchen Situation die schnell eintretende Überforderung zu überwinden, Orientierung und Halt zu geben, haben wir bereits zum Jahresbeginn eine Notfallberatung in Neusseddin durchgeführt. Doch auch in Potsdam besitzt Vonovia seit einigen Jahren mehrere Hundert Wohneinheiten. Der größte Bestand befindet sich im Kirchsteigfeld. Aus diesem Grund haben wir am 09. März zu einer kostenlosen Beratung geladen. Das Positive: Der Heizkostenschok hat die Vonovia-Mieter:innen in Potsdam – vorerst – nicht erreicht. Sollte sich das ändern, sind wir als Linke natürlich vor Ort, stehen für Fragen zur Verfügung und helfen dabei sich gegen die scheinbar systematisch fehlerhaften Abrechnungen zu organisieren – denn das geht besser gemeinsam als allein. In der Zwischenzeit werden wir als Landtagsfraktion im Märzplenar einen Antrag einbringen, der sowohl die kurzfristige Unterstützung bei, als auch den langfristigen Schutz vor horrenden Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen

zum Ziel hat. Für die Hilfe in akuten Notsituationen braucht es aus unserer Sicht eine Aufstockung der Beratungsstrukturen der Verbraucherzentrale und die Einrichtung eines Härtefallfonds, aus dem Antragssteller:innen unbürokratisch und je nach sozialer Situation entweder Zuschüsse oder ein Darlehen erhalten. Langfristig fordern wir u.a. ein Förderprogramm für energetische Sanierungen, die Einleitung einer Sektoruntersuchung durch die Landeskartellbehörde im Fernwärmesektor und dass die Landesregierung sich ggü. dem Bund für eine Stärkung der Mieter:innenrechte und des Schutzes zum Ziel hat. Dazu zählt der Schutz vor Wohnungsverlust durch ein Kündigungsmoratorium genauso, wie die verpflichtende Offenlegung der hinter den Abrechnungen stehenden Wärmelieferverträge, eine Ahndung systematisch falscher Betriebs- und Nebenkostenabrechnungen, sowie weiterer Maßnahmen.

*Marlen Block und Isabelle Vandre
Landtagsabgeordnete Die Linke*

Die Linke

Landesverband
Brandenburg

Klartext

Gespräche über das, was zählt.

Mit **Sebastian Walter**

**16.04. • 18:30 Uhr
Gartenlokal
Am Übergang**

Friedrich-Engels-Str. 26,
14473 Potsdam

**Eintritt
frei!**

plus Essen und
ein Getränk

Die Linke

Fraktion im
Landtag Brandenburg

Feiertagsgesetz muss dringend der Realität angepasst werden



Ob Theater im Schloss Rheinsberg oder Osterspöktakel im Kloster Chorin: Jedes Jahr finden in Brandenburg trotz ihres Verbots kulturelle Veranstaltungen an Karfreitag statt. Doch es gibt wesentliche Unterschiede: Während im ländlichen Raum an vielen Orten gefeiert wird, unterbindet das Ordnungsamt Potsdam an diesem Tag rigoros alle Veranstaltungen – seien es Kabarett oder Jazzkonzerte. Diese Ungleichbehandlung will Die Linke beenden. Die gelebte Praxis zeigt überdeutlich: Das Feiertagsgesetz ist veraltet und muss der Lebensrealität der Menschen in Brandenburg angepasst werden. Denn entscheidend für die Wahrung der Religionsfrei-

heit und den Schutz der Religionsausübung ist ein sensibles und respektvolles Miteinander. Dafür braucht es keine Tanzverbote. Alle Menschen sollen das Recht haben, den Karfreitag so zu verbringen, wie sie es möchten – ob in der Kirche, im Theater oder beim Tanzen. Das bedeutet nicht, dass ein rechtsfreier Raum entsteht und die Streichung des Tanzverbots aus dem Feiertagsgesetz automatisch zu Raves vor Kirchen führt. Im Gegenteil: Alle rechtlichen Vorgaben für Veranstaltungen bleiben bestehen und Kulturveranstalter müssen sich auch weiterhin an den Lärmschutz halten. Die Linke bleibt dabei: Die Tanzverbote müssen gestrichen werden!



LANDTAGSSCHLOSS, NIKOLAIKIRCHE UND FACHHOCHSCHULE - EIN GUTES BILD?
GRAFIK: LUTZ KRAUSE

Landtagsgebäude wurde 10 Jahre alt

Im Januar 2024 feierte der Landtag den 10. Geburtstag seines Gebäudeneubaus auf dem Alten Markt. Aber was gab es eigentlich zu feiern? Der Landtagsneubau war schon als Idee mit großen Problemen behaftet und leidet heute noch darunter. Es gab nach der gescheiterten Länderfusion 1996 bis zu den Landtagswahlen 2004 einen parlamentarischen Konsens, dass das denkmalgeschützte Gebäude, der „Kreml“ auf dem Brauhausberg, auch künftig der Sitz des Parlaments sein sollte

- grundlegend saniert und modernisiert und ein Plenarsaal extern neu gebaut werden sollte. Jedoch war eigentlich kein Geld im Haushalt dafür zu finden. Aber mit der Spende vom Potsdamer Neubürger Jauch zur Errichtung des Fortuna Portals (Oktober 2002) auf dem Alten Markt wurde ordentlich Druck aufgebaut, dass der Grundriss des ehemaligen Stadtschlusses wieder barock bebaut werden sollte. Nach der Wahl 2004 und der Fortführung der SPD/CDU Koalition wendete sich das Blatt entschieden, denn

die SPD warb nun auch für einen Landtagsneubau auf dem alten Schlossgrundriss - mit barocker Fassade und moderner und bescheidener Innenarchitektur.

Um den Neubau im Kostenrahmen zu halten, hatte die Regierung ein ÖPP-Verfahren (Öffentlich-Private-Partnerschaft) im Blick. Ein Verfahren, wo die Gewinne an Privat gehen, jegliches Risiko bei der öffentlichen Hand verbleibt und am Ende alles teurer wird. Das niederländische Baukonsortium BAM erhielt den Zuschlag zum Planen, zum Bauen und das Gebäude 30 Jahre lang an den Nutzer, das Brandenburger Landesparlament zu vermieten.

Zu diesem Verfahren gab es viel Protest und Ablehnung. So wurde von der Brandenburger Architektenkammer ein öffentlicher Wettbewerb und ein transparentes Vergabeverfahren gefordert. Und auch unsere Landtagsfraktion lehnte das ÖPP-Verfahren und damit die Standortentscheidung mehrheitlich ab. Was gab's nun nach 10 Jahren zu feiern? Es war ein Glücksfall für uns, dass der renommierte Architekt Peter Kulka (1935-2024), der schon den sächsischen Landtag saniert hatte, auch in Potsdam baute und auch mit seiner Auffassung, dass der neue Landtag sehr wohl in Nach-

barschaft zu Fachhochschule und zum Staudenhof auf dem Alten Markt entstehen könnte, nicht hinter dem Berg hielt. Offen bleibt die Frage: Wer trägt die Verantwortung für den Pfusch und die gravierenden Mängel am Bau? Das müssen die Gerichte im Dauerstreit noch entscheiden! Alles kostet auf jeden Fall viel Geld...

Und in der Eigentumsfrage wurde bedauerlicherweise eine nachhaltige Fehlentwicklung eingeschlagen. Das Land hat seine Liegenschaft auf dem Brauhausberg mit dem denkmalgeschützten Gebäude an Privat verkauft und damit den Weg für jahrelange Spekulationen des Investors bis hin zur Brandstiftung geöffnet. Auf dem Alten Markt hat das Land seine Flächen an die Stadt übertragen, damit mit dem Abriss des intakten Fachhochschulgebäudes und des Staudenhofes die große Privatisierung des öffentlichen Raums stattfinden konnte. Das Abrissgeschehen wurde vom Land mit Millionen Steuergeldern zur „Beseitigung von städtebaulichen Missständen“ gefördert.

Freude zum Feiern kommt da bei mir nicht auf...

Anita Tack,
ehemal. Linke-Ministerin

Internationaler Frauentag in Potsdam



Für eine gerechte Entlohnung, eine faire Verteilung von Sorgearbeit und mehr Zeit fürs ganze Leben, gegen sexualisierte Gewalt für die Legalisierung von Schwangerschaftsabbrüchen und

weltweit darum, dass Frauenrechte schlicht Menschenrechte sind, gehen viele Frauen und queere Menschen am 8. März auf die Straße. Und auf vielfältige Art und Weise wird den Frauen

und Mädchen für ihr Engagement gedankt. So auch in Potsdam. Hier fand am 8. März 2024 in der Henning-von-Treskow-Straße eine Demo von „Women in Exile“ statt - zu der auch die Potsdamer Linke aufgerufen hatte. Im Landtag war für den Abend ein Frauentagsempfang von der Linken-Fraktion organisiert.

Aus Anlass des Internationalen Frauentages 2024 hatte die AG Seniorinnen und Senioren des Linken-Kreisverbandes Potsdam alle Genossinnen in den rotbloq, Zeppelinstr. 7 herzlich eingeladen. Und mit einem literarischen Highlight gelockt: Unsere Genossin Christa Kožik (Foto) las aus Lyrik und Prosa „Junge Frau im Sozialismus“. Zur Erinnerung: Christa Kožik studierte Dramaturgie an der Hochschule für Film und Fernsehen in Babelsberg. Sie ist bekannt durch Dreharbeiten, Geschichten, Filme, z.B. „Moritz

in der Litfaßsäule“, „Ein Schneemann für Afrika“ u.v.a. „

Und im Kirchsteigfeld waren für die Linke Benjamin Karl und Jana Michalke (Foto) unterwegs, um 100 Nelken (mit anschließendem Kaffchen) „an die Frau“ zu bringen. Eine gute Tradition, meinen wir.



Potsdam feiert 150. Geburtstag von Karl Foerster

150 Jahre wäre der Potsdamer Gärtner Karl Foerster am 9. März 2024 geworden. Potsdam gedenkt dem berühmten Staudenzüchter mit einer Reihe von Veranstaltungen und Ausstellungen. Pünktlich zu seinem Geburtstag startete am 9. März die Ausstellung „Karl Foerster. Neue Wege – Neue Gärten“ im Potsdam Museum. Ab Mai organisiert die PMSG Potsdam Marketing und Service GmbH geführte Radtouren durch das grüne Potsdam.

Karl Foerster hinterließ als Pionier in der Gartengestaltung ein unschätzbare Erbe, das bis heute in Potsdam erlebbar ist. In Bornim, Am Raubfang 6, liegt das berühmte Anwesen der Familie



Foerster mit einem bezaubernden Schau- und Versuchsgarten. Auch auf der Freundschaftsinsel verewigte sich der bedeutende Gärtner. Mit Fontänen, Pflanzbecken sowie Sumpf- und Uferzonen blühte die Havelinsel wieder auf. Nach seinem Tod (1970) wurde Foerster mit einem Denkmal auf der Freundschaftsinsel geehrt. Die Skulptur trägt die Inschrift eines Zitats des Gartenphilosophen: „Wer Träume verwirklichen will, muss wacher sein und tiefer träumen als andere!“ (FOTO).

+++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +++ Verschiedenes in Kürze +

Sachbeschädigung am Schaukasten - Wo rohe Kräfte absolut SINNLLOS walten...



Irgendwann zwischen Freitag, 01.03. 14 Uhr bis Samstag, 02.03. 16 Uhr wurde zum wiederholten Male die Scheibe des Schaukastens an der Pannenbergstraße in Bornim eingeschlagen.

Erst im August 2023 demolierten Unbekannte den Schaukasten des Bürgerhauses Bornim an der Pannenbergstraße, in dem seit September 2022 über Veranstaltungen des Bürgerhauses und des gesamten Stadtteils Bornim informiert wird.

Der Schaden beläuft sich auf knapp 500 Euro, was eine erhebliche finanzielle Belastung für den Haushalt des Bürgerhauses bedeutet.

Frühjahrsputz und mehr in P-West

Der Frühling klopft an die Pforten des „Lottenhofs“, kleine Frühblüher sprießen und die ersten Knospen öffnen sich: Wir dürfen euch zum ersten Frühjahrsputz des Jahres einladen! Am Samstag, dem 16.03.2024 ab 10:30 wollen wir uns auf dem Lottenhof treffen und euch mit Kaffee, Tee (und vielleicht sogar ein paar Keksen) begrüßen, zusammen anpacken und den Hof für den Frühling vorbereiten. Kommt gerne vorbei!

Kommende Veranstaltungen

Westware (Kiezflohmkt): 27.04.2024; Kiezerwachen: 01.05.2024; Tag des Städtebaus: 04.05.2024; Tag der Nachbarn (Frühstück): 25.05.2024

Stadtteilnetzwerk Potsdam-West e.V.

PotsdamHistory – die Geschichts-App für die Stadt

Die neue PotsdamHistory-App, initiiert vom Potsdam Museum - Forum für Kunst und Geschichte, ist ab sofort kostenlos in den App-Stores verfügbar. Sie bietet eine Vielzahl historischer Dokumente wie Texte, Fotos, Audios und Videos, die mit aktuellen oder historischen Stadtplänen verknüpft

sind. Die PotsdamHistory-App ermöglicht eine moderne und attraktive Geschichtsvermittlung, die sowohl Einheimische als auch Besucher dazu einlädt, sich mit der reichen Vergangenheit der Stadt auseinanderzusetzen. Die App bietet einen einfachen Zugang zu Objekten, Bildmaterial, Themen und Forschungsergebnissen aus Ausstellungen und Sammlungen des Potsdam Museums.

Entwickelt wurde die App in Zusammenarbeit mit dem berlinHistory e.V., der bereits die

erfolgreiche berlinHistory-App betreibt. Weitere Informationen sind auf der Website des Potsdam Museums verfügbar.

Filmpark Babelsberg

Die Saison im Filmpark Babelsberg steht kurz bevor. Am 30. März öffnen sich erstmals in diesem Jahr die Tore für Besucher. Anschließend erwartet die Gäste am 31. März und 1. April „Flimmys Osterfest“. Und wir wünschen unseren Leserinnen und Lesern FROHE OSTERN!

++Termine ++ Termine++

Dienstag, 19. März 2024, 17 Uhr - Geschäftsstelle der RLS Brandenburg, Dortustr. 53

„Geopolitik – Die ‚Zeitenwende‘ vor dem Hintergrund historischer Machtverschiebungen“ - Vortrag & Diskussion mit Dr. Erhard Crome (Geschäftsführender Direktor des WeltTrends-Institut) Anmeldung bitte an: info@bbg-rls.de oder telefonisch unter 0331 817 04 32

Freitag 27. März, 19 Uhr, 11line, Charlottenstr. 119 feministischer Stammtisch Flinta*-only

++Termine ++ Termine++

Dienstag, 2. April, 20 Uhr, rotbloq, Zeppelinstr. 7 Netzpolitischer Abend (Public Viewing), #NPA135

Mittwoch, 3. April, 17- 19 Uhr, rotbloq (Zeppelinstr.7), kostenlose Rechts- und Sozialberatung

Dienstag, 26. April, 18:30 Uhr; Gartenlokal Am Übergang, Friedrich-Engels-Str. 26 Klartext-Gespräche über das, was zählt. Mit Sebastian Walter